



Mitteilung

Berlin, den 10. Mai 2017

**Die 95. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses
findet statt am
Mittwoch, dem 17. Mai 2017, 9:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 2.800**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32416
Fax: +49 30 227-36131

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30479
Fax: +49 30 227-36479

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Bericht der Bundesregierung
**zu den Beziehungen zu Russland nach dem Besuch
der Bundeskanzlerin**

Tagesordnungspunkt 2

Bericht der Bundesregierung
Die aktuelle Lage in Mazedonien und Albanien

Tagesordnungspunkt 3

Bericht der Bundesregierung
**Veränderungen im israelisch-palästinensischen
Verhältnis nach dem Besuch des Außenministers
Gabriel und der Veränderung der Charta der Ha-
mas**

Tagesordnungspunkt 4

Bericht der Bundesregierung
**zur Lage in der Ostukraine und zum ukrainischen
Reformprozess**



Tagesordnungspunkt 5

Abschlussbericht des Unterausschusses "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln"

Bilanz der Arbeit des Unterausschusses "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln" sowie Empfehlungen für die 19. Wahlperiode

Tagesordnungspunkt 6

Aktuelles

Tagesordnungspunkt 7

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Oktober 2016 zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung

BT-Drucksache 18/11507

Hierzu:

18(3)2207_ParlBeirat Gutachtliche Stellungnahme

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Andreas Nick [CDU/CSU]

Abg. Niels Annen [SPD]

Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE.]

Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Voten angefordert für den: 17.05.2017

Tagesordnungspunkt 8

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Straftaten gegen ausländische Staaten

BT-Drucksache 18/11243

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Straftaten gegen ausländische Staaten

-18/11243-

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss



Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

BT-Drucksache 18/11616

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Atomwaffen aus Deutschland abziehen und Neustationierung stoppen

BT-Drucksache 18/6808

Hierzu:

18(3)2230VgA Stellungnahme

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Verteidigungsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Robert Hochbaum [CDU/CSU]

Abg. Dr. Ute Finckh-Krämer [SPD]

Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE.]

Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Voten angefordert für den: 17.05.2017

Tagesordnungspunkt 10

Antrag der Abgeordneten Harald Petzold (Haveland), Stefan Liebich, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Verfolgung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transpersonen und Intersexuellen (LGBTI) in Tschetschenien entgegnet

BT-Drucksache 18/12091

Tagesordnungspunkt 11

Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Omid Nouripour, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen

BT-Drucksache 18/12099

Federführend:

Innenausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 17.05.2017



Tagesordnungspunkt 12

Beschlussfassung
über den Antrag des Unterausschusses "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln", am Montag, 29. Mai 2017, eine öffentliche Sitzung zum Thema "Welchen strategischen Rahmen braucht Vergangenheitsarbeit, um zu einem dauerhaften Frieden beizutragen?" durchzuführen

Tagesordnungspunkt 13

Kenntnisnahmen i.d.R. ohne Aussprache zu:

- a) Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat

Elemente einer EU-Strategie für Syrien

JOIN(2017)11 endg.; Ratsdok.-Nr. 7377/17

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2257 Mitteilung

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Voten angefordert für den: 17.05.2017

- b) Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat

Dritter Fortschrittsbericht über den Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Kontext der Europäischen Migrationsagenda

KOM(2017)205 endg.; Ratsdok.-Nr. 6914/17

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2258_Hauptdok Bericht
18(3)2259_ADD 1 DE Addendum

Federführend:

Innenausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- c) Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat

Fünfter Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung EU-Türkei

KOM(2017)204 endg.; Ratsdok.-Nr. 6925/17

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2260_Hauptdok Bericht
18(3)2261_ADD 1 DE Addendum

Federführend:

Innenausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss



- d) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat
- Erster Jahresbericht über die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei**
- KOM(2017)130 endg.; Ratsdok.-Nr. 6941/17**
- Hierzu wurde verteilt:**
18(3)2262_2 DE Mitteilung
- Federführend:**
Innenausschuss
- Mitberatend:**
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss
- e) Empfehlung der Kommission
- vom 07.03.2017 für eine wirksamere Gestaltung der Rückkehr im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates**
- K(2017)1600 endg.; Ratsdok.-Nr. 6949/17**
- Hierzu wurde verteilt:**
18(3)2265 Empfehlung
- Federführend:**
Innenausschuss
- Mitberatend:**
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss
- f) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat
- über eine wirksamere Rückkehrpolitik in der Europäischen Union - Ein erneuerter Aktionsplan**
- KOM(2017)200 endg.; Ratsdok.-Nr. 6943/17**
- Hierzu wurde verteilt:**
18(3)2263_Hauptdok DE Mitteilung
18(3)2264_ADD 2 DE Addendum
- Federführend:**
Innenausschuss
- Mitberatend:**
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss
- g) Entschließung des Europäischen Parlaments
- vom 16. März 2017 zu dem Thema "Verfassungsmäßige, rechtliche und institutionelle Auswirkungen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Möglichkeiten aufgrund des Vertrags von Lissabon" (2015/2343(INI))**
- P8_TA-PROV(2017)0092**
- Hierzu wurde verteilt:**
18(3)2256 Entschließung
- Federführend:**
Auswärtiger Ausschuss
- Mitberatend:**
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Voten angefordert für den: 17.05.2017**
- h) Entschließung des Europäischen Parlaments
- Federführend:**
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe



vom 16. März 2017 zu den Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2017 (2017/2598(RSP))

P8_TA-PROV(2017)0089

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2267 Entschließung

i) Entschließung des Europäischen Parlaments

vom 16. März 2017 zu den Philippinen und dem Fall der Senatorin Leila M. De Lima (2017/2597(RSP))

P8_TA-PROV(2017)0088

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2266 Entschließung

j) Empfehlung für einen Beschluss des Rates

zur Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, in dem die Einzelheiten seines Austritts aus der Europäischen Union festgelegt werden

KOM(2017)218 endg.; Ratsdok.-Nr. XT 21009/17

Hierzu wurde verteilt:
18(3)2254_Hauptdok_Empfehlung
18(3)2255_ADD 1 DE Addendum

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Federführend:

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Sportausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda
Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 14

Berichterstatterbenennungen zu:

a) Antrag der Bundesregierung

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz



Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

BT-Drucksache 18/12298

Tagesordnungspunkt 15

Verschiedenes

Dr. Norbert Röttgen, MdB
Vorsitzender

Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss (§ 96 GO)

Voten angefordert für den: 31.05.2017